

*Offener Brief an den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck:  
Wie kann man „Lohndumping verbieten!“?*

*Durch „Mindestlöhne“?*

*– oder brauchen wir nicht die Wiederherstellung unseres Systems  
der Flächentarifverträge ?*

**Lieber Kurt Beck,**

wir haben den Aufruf des SPD-Parteivorstandes „Lohndumping verboten – Deutschland braucht Mindestlöhne“, den Du unterschrieben hast, aufmerksam durchgelesen.

Uns drängen sich dazu zahlreiche Fragen auf, die wir Dir mit diesem Schreiben stellen wollen.

Wir haben in dem Aufruf gelesen: *»Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50% des Durchschnittslohns betragen!«.*

Das ist ohne Zweifel ein Skandal. Ihr habt recht gehabt, Euch dieses Problems anzunehmen. Es ist unglaublich, dass bei uns fast jeder zehnte Arbeitnehmer zu einem Hungerlohn arbeiten muß, von dem man in Deutschland nicht mehr leben kann.

Das ist eine Situation, die jeder Arbeitnehmer in Deutschland – egal, wie er im Moment bezahlt wird, ob er beschäftigt ist oder arbeitslos – als eine Bedrohung empfindet, und die Gewerkschaften und SPD zum Handeln auffordert!

Allerdings gibt es uns zu denken, wenn wir weiterlesen: *»Auch in Deutschland ist es höchste Zeit: für gerechte Löhne und gute Arbeit, für soziale Sicherheit und Mindestlöhne!«*

Sicherlich, man kann die Frage stellen, ob man nicht Mindestlöhne braucht, um die ungeschütztesten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzusichern. Trotzdem sind wir an dieser Stelle beim Lesen ins Stocken geraten:

Hatten wir in Deutschland nicht schon einmal für die Arbeitnehmer einen Lebensstandard und eine soziale Sicherheit mit Gewerkschaften und SPD erkämpft, für die wir sogar von den Arbeitnehmern in Europa und in der ganzen Welt bewundert wurden?

**Hatten wir nicht seit der Nachkriegszeit ein System von gewerkschaftlichen Flächentarifverträgen, das einen Mindestlohn in allen Wirtschaftszweigen und in allen Bereichen garantierte?**

Das führt uns unweigerlich zu der Frage:

**Wie konnte es überhaupt so weit kommen, dass wir jetzt mit einer solchen massiven Ausweitung von schändlichen Billiglöhnen konfrontiert sind?**

Liegt es nicht an der **Tarifflicht**, die in den letzten Jahren stattgefunden hat und die bis heute andauert?

Haben nicht die Regierung Kohl und danach die Regierung Schröder entsprechend den politischen Vorgaben der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU damit begonnen, Arbeitnehmerrechte zu deregulieren?

Haben die Hartz-Gesetze nicht Millionen Arbeitnehmer in Arbeitslosigkeit völlig entrechtet und nötigen sie ihnen nicht

aller Art geringfügige und 1-Euro-„Beschäftigungsverhältnisse“ auf, die das Tarifvertragssystem von unten zum Einsturz bringen müssen?

Und haben sie nicht den Arbeitgebern und Unternehmern jede politische Förderung gegeben, die Flächentarifverträge systematisch zu „öffnen“, auszuhöhlen, zu brechen und aus den Tarifverträgen zu fliehen, mit der Folge, dass sich Niedriglöhne und entrechtete Beschäftigungsverhältnisse epidemisch ausbreiten konnten?

Das betrifft nicht nur die Industrie und gesamte Privatwirtschaft, sondern auch den Öffentlichen Dienst, wo Privatisierungen, Unterwerfung unter den Marktwettbewerb, Rechtsformänderungen und Ausgründungen ebenfalls zur Auslöschung der Tarifverträge, zu Tarifflicht und damit zur Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglohnjobs geführt haben.

**Wenn also die Flucht jeder Art aus dem gewerkschaftlichen Flächentarifvertrag die Quelle für Lohndumping und Verbreitung von Billiglöhnen jeder Art ist, muss dann nicht diese Quelle durch das Verbot der Tarifflicht gestopft werden?**

**Aber, war und ist mit der Tarifflicht nicht unlösbar die Infragestellung unserer Gewerkschaften verbunden?**

Wer den gewerkschaftlichen Flächentarifvertrag nicht respektiert, stellt die Gewerkschaft, den Garanten des Tarifvertrags, in Frage.

Ist deshalb das Verbot der Tarifflicht nicht Grundlage für die Respektierung des allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrags, der Tarifautonomie, für die Respektierung der unabhängigen freien Gewerkschaft, der Demokratie?

Erlaube uns die Nachfrage:

Warum klammert Ihr die jahrelang politisch geförderte Zersetzung unserer gewerkschaftlichen Flächentarifverträge durch Tarifflicht aus? Und warum die dadurch erfolgte Schwächung unserer Gewerkschaften?

Vielleicht deshalb, weil die Regierung der Großen Koalition unter Merkel, die sich absolut der EU-Deregulierungspolitik unterwirft, auch die SPD zur Fortsetzung dieser Politik bis zu Ende zwingt?

Taucht deshalb kein Wort auf über die Notwendigkeit eines Zurück zu „gerechten Löhnen“ durch die Wiederherstellung der Tarifbindung, des verbindlichen Flächentarifvertrags?

**Was meint und bringt dann aber die Forderung nach „Mindestlöhnen“?**

Franz Müntefering fordert für wenige weitere Branchen, für eine kleinere Anzahl Arbeitnehmer, einen Mindestlohn in Ausweitung des Entsendegesetzes. Das brachte schon in der bisherigen Praxis ein weiteres Unterlaufen der schon untersten Lohngruppen des Tarifvertrags; und Müntefering zielt

mit diesem „Mindestlohn“ auf eine Ausweitung der Armuts-löhne.

Für alle Bereiche ohne Tarifvertrag fordert er einen Mindestlohn in der Höhe von ALG II, d.h. noch unter dem Armutslohn!

Für einen Teil der Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen wurde schon ein Kombilohn beschlossen. Die CDU macht sich für weitere Kombilöhne stark, bei denen der Arbeitgeber zur Aufstockung eines von ihm bezahlten, mehr symbolischen Hungerlohns Subventionen vom Staat oder von der Arbeitslosenversicherung bekommt.

Wer will uns einreden, mit solchen „Mindestlöhnen“ Tarif-flucht und Dumpinglöhne bekämpfen zu können. Sie bringen im Gegenteil eine schlimmere Ausweitung und Legiti-mation eines Niedrig- und Armutslohnsektors. Und sie ent-wickeln im Gegenteil eine tödliche Sogkraft für die weitere Flucht aus dem gewerkschaftlichen Flächentarifvertrag. Schließlich fördern sie damit nur die weitere Zersetzung der gewerkschaftlichen Schutzmacht.

Wie sollen wir z.B. den 50 000 KollegInnen bei der Tele-kom helfen, die gerade aus dem Flächentarifvertrag heraus-gebrochen werden sollen, um ihnen eine 40% Verschlech-terung ihrer Einkommen und Arbeitsbedingungen zu diktie-ren? Wie z.B. den MetallkollegInnen im Kraftfahrzeugbe-reich von NRW, wo die Unternehmer, wie schon in Nieder-sachsen und den ostdeutschen Bundesländern, eine völlige tarifvertrags- und gewerkschaftsfreie Zone erzwingen wollen?

Wie den gesamten 100 000en KollegInnen, die akut von solchen sozialen Verwüstungen bedroht werden? Verwüs-tungen, die unsere Gesellschaft in vorgewerkschaftliche, vordemokratische Verhältnisse zurückwerfen? Will man das

alles zulassen und sollen die KollegInnen dann mit jenen „Mindestlöhnen“ abgespeist werden, die uns die Große Koalition bescheren will?

Wo soll das enden? Die Kolleginnen und Kollegen aus Ost-deutschland berichten doch, dass dort, wo die Unternehmer die Tarifverträge nicht mehr beachten, es auch keine Be-triebsräte mehr gibt und die Gewerkschaft keinen Fuß mehr in den Betrieb bekommt!

Was hilft ein „Mindestlohn“ den betroffenen Kollegen und dem IGM-Bezirksleiter von NRW, Detlef Wetzel, der in den letzten Tagen gerade darauf verwiesen hat, dass in der Me-tallindustrie bereits 52% der Betriebe ihren „Zusatzbedarf“ über Leiharbeiter abdecken und den Flächentarifvertrag mit 5 bis 6 Euro unterlaufen?

### **Uns bedrängt die Frage:**

Sollen wir diese andauernde Öffnung, Unterlaufung und Aushebelung, ja die völlige Missachtung, unseres Systems gewerkschaftlicher Flächentarifverträge als eine gegebene Tatsache hinnehmen?

Gebietet nicht die Vernunft, die gesamten Niedriglöhne wieder in gewerkschaftliche Flächentarifverträge zu integrieren, aus denen keine Flucht mehr möglich sein darf: d.h. die Tariffucht jeder Art zu verbieten?

Sollen wir uns damit abfinden, dass der Platz der Gewerk-schaften als Schutzmacht der Flächentarifverträge mis-sachtet wird?

Sollen wir uns damit abfinden, dass die gewerkschaftlichen Tarifverträge, die Tarifautonomie und unsere unabhängigen freien Gewerkschaften, die durch das Grundgesetz geschützt sind, mit Füßen getreten werden?

### **Wir können uns damit nicht abfinden!**

Wir sind der Meinung, dass angesichts des Skandals der Explosion der Billiglöhne, angesichts des Tarifbruchs und der Tarif-flucht und Missachtung von Gewerkschaften und Demokratie alle Kräfte der Arbeiterbewegung gesammelt werden müssen, um unser System von Flächentarifverträgen in Deutschland zu verteidigen, dort wo es noch besteht, und es wieder-herzustellen, wo es schon zerstört worden ist.

### **Für Verbot des Lohndumpings, von Tarifbruch und Tariffucht jeder Art!**

**Für Rücknahme der Hartz-Gesetze** und der Verpflichtung der Arbeitslosen, jede außertarifliche Billigbeschäftigung anzunehmen!

### **Für Respektierung der Gewerkschaften, den Garanten des Flächentarifvertrags!**

Wir sind interessiert, dazu Deine Meinung zu hören und sie mit unseren KollegInnen zu diskutieren.

**Kontaktadressen:** Gotthard Krupp (SPD, AfA-Landesvorstand Berlin, ver.di)

fax: 030 – 3131662; E-Mail: [GotthardKrupp@t-online.de](mailto:GotthardKrupp@t-online.de)

Klaus Schüller (SPD, AfA-Landesvorstand Thüringen, Transnet), E-Mail: [Klaus-Schueller@gmx.de](mailto:Klaus-Schueller@gmx.de)

### ***O Ich unterstütze diesen Offenen Brief und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden***

Name	Adresse (auch Fax/E-Mail)	Org./Funktion	Spende
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____